

# Zosener Zeitung.

Dreihundstiezigster

Jahrgang.

**Annonsen.**  
Annahme-Bureau:  
In Polen bei  
Dr. Kupski (C. & W. Co.)  
Breitestrasse 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Wegk. u. Friedrichstr. Ecke 4;  
in Grätz b. Hrn L. Streissand;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig,  
Hamburg, Wien und Basel  
Haeske & Vogler.

**Annahme-Bureau:**  
In Berlin,  
Breslau, München, St. Gallen  
Rudolph Rose;  
in Berlin:  
A. Klemeyer, Schloßplatz;  
in Breslau,  
Kassel, Bern und Stuttgart;  
Bach & Co.;  
in Breslau: C. Denke;  
in Frankfurt a. M.:  
G. L. Danck & Comp.

Nr. 438.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntags täglich erscheinende Blatt beträgt vierzehnthalb für die Stadt Polen 14 Taler, für ganz Preußen 12 Taler 24 Sch. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Intelligenz-Satze, die fünfgepalte Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Redaktion zu richten und werden für die am selben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Freitag, 23. Dezember

**Telegraphische Nachrichten.**  
Schwerin, 22. Dez. Der General-Gouverneur General Vogt von Falkenstein ist heute hier eingetroffen und hat die Truppen inspiziert.

München, 22. Dezbr. Auf Ansuchen Kolb's hat die Kommission der Kammer denselben vom Referat über den außerordentlichen Militärkredit entheben, und das Referat auf Diepold übertragen. — Die bei Rothenburg an der Tauber einem pariser Luftballon entstiegenen vier Franzosen sind ergriffen und nebst den bei einer vorgenommenen Streifung gefundenen 30 Briefpäckchen hierher unterwegs.

Brüssel, 22. Dezember. Der "Independance" wird aus Lyon unter dem 19. d. gemeldet, daß die Kommune von Lyon an die Regierung in Bordeaux eine Adresse gerichtet habe, in der über die Unfähigkeit der Departements in Süd und Mittelfrankreich, die Vertheidigungsmittel zu organisieren, lebhafte Klage geführt und u. A. das Begehren gestellt wird, die Regierung möge diejenigen Beamten, die ihre Pflicht verläufen, auf das Strengste bestrafen und den Maires verantwortliche Münzaltpartheit zur Seite stellen.

Wien, 22. Dez. Die französische Regierung hat hierher gemeldet, daß über die Häfen von Dieppe, Rouen und Fecamp der Blockadezug und verhängt worden sei, und daß eine gleiche Maßregel für alle von den deutschen Truppen okkupirten Häfen bevorstehe.

Florenz, 21. Dezbr. Die Deputirtenkammer berieh in ihrer heutigen Sitzung über den Gesetzentwurf, durch welchen das in den römischen Provinzen stattgehabte Plebisit als rechtmäßig erklärt werden soll. Nachdem der Ministerpräsident Visconti Venosta die von der Regierung in der römischen Frage eingenommene Haltung erläutert und vertheidigt hatte, wurde der Gesetzentwurf mit 239 gegen 20 Stimmen angenommen.

Triest, 22. Dez. Der sällige Lloydampfer ist heute Nachmittag 2½ Uhr mit der ostasiatisch-chinesischen Überlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Madrid, 21. Dez. König Amadeus wird, gutem Vernehmen nach, am 27. d. in Cartagena landen und sich zunächst nach Aranjuez begeben, woselbst er bis zum 1. Januar verweilen wird, um alsdann in Madrid seinen Einzug zu halten.

Athen, 21. Dez. Die Kammer wurde heute eröffnet, eine Bronrede fand nicht statt.

Washington, 22. Dez. Die Regierung hat die Ernennung Schenks zum Gesandten in London dem Senate zur Bestätigung mitgetheilt. — Der Senate brachte Sherman eine vom Finanzausschusse genehmigte Bill ein, durch welche die Regierung ermächtigt werden soll, die durch das Gesetz vom 13. Juli genehmigte Ausgabe von 5% Bonds auf 500 Mill. Dollars zu erhöhen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 21. Dezember.\* Es lag bereits gestern eine telegraphische Mittheilung vor über die Erklärung, mit welcher die englische Regierung die deutschen Depeschen über die luxemburgische Neutralität beantwortet hat. Dieselbe ist indessen hier eingetroffen und überreicht worden, während von Seiten der anderen Regierungen, an welche die deutsche Kundgebung gerichtet worden, noch keine Antwort eingegangen ist. Was den Inhalt der englischen Erklärung betrifft, so spricht Lord Granville zunächst sein Bedauern darüber aus, daß die luxemburgische Regierung, wie von Seiten der deutschen Bundesregierung konstatirt worden, zu den schwedischen Deutschlands Anlaß gegeben habe. Gleichzeitig bemerkt aber Lord Granville, daß, ehe er sich in der Angelegenheit ein bestimmtes Urtheil bilden könne, er zunächst die Ansichten der anderen beteiligten Mächte und namentlich die Auslassungen der luxemburgischen Regierung abzuwarten habe. Die ganze Haltung der englischen Antwort ist durchaus freundlich und verständlich und es wird die Zuverlässigkeit ausgesprochen, daß Deutschland keine förmliche Loslösung von dem Vertrage des Jahres 1867 beabsichtige, und jedenfalls vor weiteren Schritten zu einer friedlichen Fortsetzung seiner Beschwerden die Hand bieten werde. — Da bestreiten die demokratischen Kreisen noch von einer anderen Kundgebung der norddeutschen Regierung die Rede, von welcher bisher in öffentlichen Blättern noch nichts bekannt geworden ist. Es handelt sich nämlich um eine an das österreichisch-ungarische Kabinett gerichtete Mittheilung, die sich auf die gegenwärtige Entwicklung der deutschen Beziehungen bezieht und in sehr freundschaftlichem Tone gehalten ist. Es liegt in der That von besonderer Rücksichtnahme, wenn unsere Regierung in Wien über Vorgänge Mittheilungen macht, welcher sich rechtlich jeder Beeinflussung von Seiten Österreichs entziehen. Was die Haltung des wiener Kabinetts ist, so hat dasselbe bekanntlich wiederholt durch offizielle Korrespondenzen in deutschen Blättern andeuten lassen, daß es eine solche Mittheilung erwarte und sich damit zufrieden geben werde. — Über die Nachsendung von Erfatruppen nach dem Kriegsschauplatz erfährt man, daß zunächst die Eisatzbataillone von 18 Infanterieregimenten abgerückt sind und zwar mit der Bestimmung, den Besatzungsdienst im Elsaß und Lothringen zu übernehmen und die bisher

dort verwendeten Truppen für die Feldoperation frei zu machen. Es sind von diesen Bataillonen 10 für das Elsaß und 8 für Mecklenburg.

— Never das künftige Verhältniß Deutschlands zu Österreich schreibt die "Pro. - Korresp.":

Zu dem Augenblick, wo die Neugestaltung Deutschlands auf Grund der Verträge des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten ihren Abschluß erhalten soll, richtet sich der Blick der deutschen Politiker vielfach auch auf die Beziehungen des neuen deutschen Reiches zur österreichisch-ungarischen Monarchie, welche mit Rücksicht auf den Prager Frieden, in welchem Preußen und Österreich sich über ihre Auffassung von der damals erwarten Gestaltung der deutschen Verhältnisse verstanden hatten, beiderseits und vor Allem in dem Bunde, mit dem mächtigen Nachbarreiche Beziehungen zu pflegen, welche der gemeinsame Vergangenheit ebenso wie den Geistungen der beiderseitigen Entwicklung entsprechen. In dem Prager Frieden war in Aussicht genommen, daß die südlichen Provinzen sich zu einem Bunde vereinigen würden, welcher neben etlichen eigenen unabhängigen Siedlungen zugleich in enge nationale Beziehungen zu dem Norddeutschen Bunde treten sollte. Diese Voraussetzung ist seitens der süddeutschen Staaten nicht verwirklicht worden; diese haben nur die nationalen Beziehungen zu Norddeutschland, und zwar zunächt in der Generierung des Volksraums und dann des Suden- und Tsingtau-dienstes angeläuft. Niemand möchte voraussehen, daß unter dem nationalen Aufschwunge, welchen die unerwartete französische Angriffsherrlichkeit die deutsche Entwicklung ihren Abschluß in der Richtung eines neuen deutschen Reiches setzen würde. Norddeutschland aber könnte diese aus dem Grunde des deutschen Volks in keiner Bewegung hervorgerangene Entwicklung freudig begrüßen. Wie Österreich betrifft, so darf dasselbe auf die Neugestaltung des deutschen Verhältnisses mit dem befreiteten Vertrauen blitzen, daß alle Freunde des neuen deutschen Bundes mit ihrem Konsatz von dem Verhalten bestellt sind, ausstiftig freundliche Beziehungen zu dem österreichisch-ungarischen Nachbarstaate zu pflegen, wie solche in den gemeinsamen Interessen und in der Weltwirkung ihres geistigen und künstlerischen Begründung ständ. Das deutsche Volk darf sich der Hoffnung hinstellen, daß die Feindseligkeit und Sicherheit seiner nationalen Generation von ganz Europa und besonders von den Nachbarländern nicht bloss ohne Befragung, sondern mit Genugthuung begrüßt werden und daß insbesondere auch Deutschland und Österreich-Ungarn sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen werden. Unsere Regierung wird nicht anstreben, der österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber dieser Übersicht offen und vertraulich vollständig Ausdruck zu geben.

Wie ein Telegramm aus Wien vom gestrigen Tage meldet, ist eine Mittheilung, wie die oben angedeutete, bereits in Wien eingetroffen und dafelbst sehr beifällig aufgenommen worden.

— Die wiener "N. Fr. Pr." schreibt: Einer unserer Korrespondenten in Bukarest versichert uns auf telegraphischem Wege, daß man dort in den Regierungskreisen das auf der wiener Börse aufgetauchte Gerücht, als habe Fürst Karl eine Note nach Konstantinopel geschickt und beabsichtige, von dem Abhängigkeits-Verhältniß zur Türkei sich loszusagen, entstehen in Abrede stellt. Ein solches Schrift versichern die bukarester Regierungsmänner, hätten sie weder jetzt noch früher im Sinne gehabt. — Ähnliches versichert die offizielle "Korrespondenz Warszaw." in Wien.

— Das Bundeskanzleramt hat nach der "B. B. Z." der Braunschweigischen Regierung eine größere Anzahl Akten überlassen, welche sich auf die vor Beginn des Krieges mit Frankreich innengehaltene Politik des Hirschinger Hofes beziehen. Unter diesen Akten sollen sich, wie versichert wird, Abmachungen befinden, die zwischen dem Erbprinz Georg und dem Kaiser Napoleon für jeden Fall geschlossen wurden, wenn die Franzosen gesiegt hätten. Andere Verträge beziehen sich auf die Errichtung der Weltausstellung und auf die Zahlung mehrerer Millionen. Das Bundeskanzleramt soll der Braunschweigischen Regierung "diskrete" Benutzung dieses Materials eindringlich mit Hinweis auf den Umstand empfohlen haben, daß das Vorgehen des Exkönigs von Hannover dem Deutschen Parlamente zur Berathung übergeben werden soll.

— Von jedem der neun preußischen Armeecorps gehen im Laufe dieser Woche zwei Elsaß-Bataillone als Besatzungstruppen nach dem Elsaß und Lothringen ab. Die betreffenden Regimenter kehren nach Beendigung des Feldzuges nicht in ihre alten Garnisonen zurück, sondern verbleiben im Elsaß, resp. in Lothringen als dauernde Besatzung. Es geht dies daraus hervor, daß die Elsaß-Bataillone Befehl erhalten haben, in ihren Standorten passende Räumlichkeiten zur Aufnahme der Handwerkstatt zu ausfindig zu machen.

— Die "Sikans" schreiben: Eigentlich waren einziger eine Majestätskleidung enthaltender Außerungen, die in einer von der Polizei nicht vor weiteren Schritten zu einer friedlichen Fortsetzung seiner Beschwerden die Hand bieten werde. — Da bestreiten die demokratischen Kreisen noch von einer anderen Kundgebung der norddeutschen Regierung die Rede, von welcher bisher in öffentlichen Blättern noch nichts bekannt geworden ist. Es handelt sich nämlich um eine an das österreichisch-ungarische Kabinett

gerichtete Mittheilung, die sich auf die gegenwärtige Entwicklung der deutschen Beziehungen bezieht und in sehr freundschaftlichem Tone gehalten ist. Es liegt in der That von besonderer Rücksichtnahme, wenn unsere Regierung in Wien über Vorgänge Mittheilungen macht, welche sich rechtlich jeder Beeinflussung von Seiten Österreichs entziehen. Was die Haltung des wiener Kabinetts ist, so hat dasselbe bekanntlich wiederholt durch offizielle Korrespondenzen in deutschen Blättern andeuten lassen, daß es eine solche Mittheilung erwarte und sich damit zufrieden geben werde. — Über die Nachsendung von Erfatruppen nach dem Kriegsschauplatz erfährt man, daß zunächst die Eisatzbataillone von 18 Infanterieregimenten abgerückt sind und zwar mit der Bestimmung, den Besatzungsdienst im Elsaß und Lothringen zu übernehmen und die bisher

\*) Verspätet eingetroffen.

aufzunehmen. Graf Beust ist diesmal mit einem blauen Auge davon gekommen; sein Auftreten den Czechen gegenüber hat ihn mit der reichsräthlichen und seine Annäherung an Andrassy mit der ungarischen Delegation ins Gleichgewicht gerückt. Dagegen hat der Reichs-Kriegs-Minister Freiherr v. Kuhn bei der Bezeichnung des Kriegsbudgets in der Kommission der reichsräthlichen Delegation einen wahrhaft mitleiderregenden Standpunkt gehabt. Der Pester Korrespondent der "König. Ztg." belebt einige pikante Episoden, die trotz der Geheimhaltung in die Öffentlichkeit gedrungen sind, mit:

Ein ehemaliger Minister (Giskra) opponiert dem Kriegsminister in sehr bestiger Weise. Dieser kann sich nicht enthalten, dem ehemaligen Collegen zuzurufen: "Als Sie noch Minister waren, haben Sie über diesen Gegenstand gerade die entgegengesetzte Ansicht vertreten." — Das ist nicht wahr! — "Ich bitte, ich kann es Ihnen aus dem Protokoll des Ministeriums nachweisen!" erwidert gereizt der Kriegsminister. — Dann muß ich mich dagegen vertheidigen, daß hier das Geheimnis eines andern in Orléans verbraucht werde." Oder ein Delegierter klagt darüber, daß so viele Generale pensioniert werden, "die noch ganz gut tanzen und reiten". — "Ja, aber ich brauche keine Generale, die nur tanzen und reiten", antwortet Herr v. Kuhn, der überdies seine Legitimität verabsäumt, ohne zu verstehen, daß er sein Vorrecht schon "herzlich satte" habe und jedes Augenblick bereit sei, es zurückzugeben. "Lebt tausend Feuer und gegenüber, als diesem Streit geht es an." lautet eins seiner geflügelten Worte.

Nach einem Schreiben aus Brüssel vom 19. Dezember hat die Belgische Regierung die strengsten Maßregeln ergriffen, um die Einfälle der französischen Franc-tireurs auf das Belgische Territorium zu verhindern. Die Truppen, welche sich an der Grenze befinden, haben Befehl erhalten, gegen die Franc-tireurs nothwendig von ihren Waffen Gebrauch zu machen. In den französischen Norddepartements wird die Verschärfung der Maßregeln an der Grenze seitens der belgischen Regierung viel böses Blut machen. Schon jetzt herrscht in Lille und in den übrigen Städten der Norddepartements große Rüstung über die Belgier, weil dieselben die Kriegsgefangenen nicht freigelassen und den Waffentreiberungen Hindernisse in den Weg gelegt haben. Obgleich man die Preußen noch keineswegs los geworden ist und auch wenig Aussicht vorhanden ist, daß man sie bald los werden wird, so stoßen die Franzosen doch schon Drohungen gegen Belgien aus, und sprechen offen von dessen nothwendiger Einverleibung in Frankreich, sobald man die Preußen vertrieben habe. Die Belgier, die den Drang nicht fühlen, sich von den Franzosen verschlingen zu lassen, werden, trotz ihrer Antipathie gegen die Deutschen, früher oder später doch wieder ihre Zuflucht zu diesen nehmen müssen.

Florenz, 17. Dezbr. Der König hat heute Vormittag die Adress-Dekorationen des Senats und der Deputirtenkammer empfangen; er dankte dem Parlament für seine Glückwünsche und drückte seine Genugthuung darüber aus, daß die nationale Einheit, welche sein beständiger Gedanke gewesen, endlich vollendet sei. Der König fügte hinzu, daß er bereits nach Rom gegangen sein würde, wenn er nicht geglaubt hätte, daß es besser wäre, zuvor die Genehmigung des Gesetzes über das Plebisit durch das Parlament abzuwarten.

London, 19. Dez. Die Regierung hat einen weiteren versöhnlichen Schritt gegen Irland getan. In einem Schreiben, welches Gladstone an den vormaligen Lordmayor von Dublin, Sir William Carroll, als Antwort auf eine zahlreich unterzeichnete Petition um Freilassung der Fenianen Gefangenen, gesandt hat, wird die Erfüllung dieses Wunsches versprochen. Es heißt in dem vom 15. Dezember datirten Schreiben:

Ich habe Sie zu Nachrichten, daß Ihrer Majestät Regierung die Angewinntheit der Fenianen, welche jetzt ihre Verurteilung wegen Hochverrats abbrühen, genau erwogen hat, und daß sie derrone die Ausübung der königlichen Gnade in Bezug auf dieselben empfohlen hat, so weit dieses vertraglich ist mit der sicherer Wahrung der Ruhe und Ordnung im Lande. Dieselben werden demnach entlassen werden unter der Bedingung, nicht in dem vertraglichen Königreich zu bleiben, noch dahin zurückzukehren. Diese Gefangenen waren vollkommen gerecht verurteilt wegen Teilnahme, entweder im Geheimer oder durch öffentliche Gewaltthat an einer Verschwörung, die wäre sie in irgend einem Maße erfolgreich gewesen, Irland mit Gewalt und Blutergießen erschütten würde und dieselben Grundsätze der Gerechtigkeit, nach welchen ihr Urteil geprüft wurde, würden die Fortdauer ihrer Gesellschaft bestmöglich rechtfertigen, wenn die öffentliche Sicherheit es verlangt. Es ist deshalb diese leichte Frage, welche der Gegenstand der sorgfältigen Untersuchung seitens Ihrer Majestät Regierung gewesen ist und sie hat zu dem Schluß gelangen können, daß unter den bestehenden Umständen des Landes die Entlassung der Gefangenen, gesichert durch die Bedingung, welche ich angegeben habe, vollkommen verträglich sein wird mit den überwiegenden Interessen der öffentlichen Sicherheit, und daß dieses der Fall ist, dabai wirken wird, die Sache des Friedens und der Loyallität in Irland zu fördern.

Bukarest, 6. Dezbr. Der "A. A. Z." wird geschrieben: In der letzten Kammer sitzung stellte der Deputierte Blaramberg seine angekündigte Interpellation über den Konflikt, welcher zwischen der "hohen Pforte" und Rumänien bezüglich der Prägung der rumänischen Münzen ausgebrochen ist. Der Minister des Auswärtigen erklärte: die Sache sei sehr einfach. Unter dem Ministerium Bratiano habe die Kammer ein Gesetz angerufen, nach welchem Rumänien seine eigenen Münzen prägen soll. Dies sei geschehen. Die Pforte habe gegen die Prägung der Münze auch nichts einzuhindern gehabt, dagegen habe sie gegen das Bildnis des Königs auf den Münzen als Zeichen der Souveränität protestiert erhoben. Es seien darauf zwischen Konstantinopel und Bukarest Unterhandlungen geflossen worden, welche zu einer Konvention geführt hätten, nach welcher Rumänien seine Münze schlagen könne, wie es im belieben. Die Unterhandlungen seien dem Abschluß nahe. Die Kammer stellte sich mit dieser Erklärung zu führen.

Athen, 10. Dez. Wegen der bei Marathon verübten Mordthat waren 112 Personen zur Untersuchung gezogen; davon sind jetzt 62 in Anklagezustand versetzt und dem Gerichte übergeben worden.

